„Es rettet uns kein höheres Wesen“. Umrisse einer Reform unseres Bildungswesens

Werner Roggausch (St. Augustin)

Martin Heidegger sagte am Ende des legendären Spiegel-Interviews von 1966 den verblüffenden Satz: „Nur noch ein Gott kann uns retten.“

Heidegger, der Gigant, der übergroße Denker, der nicht einmal glaubensfest war, setzt am Ende seine Hoffnung auf Gott.

Dem wäre denn doch entschieden entgegenzuhalten: „Es rettet uns kein höheres Wesen, kein Gott, kein Kaiser, noch Tribun.“

In den Tagen, da dieser Text entsteht (Februar 2025), tobt in unserem Land der Wahlkampf. Auf einem der großen Plakate prangt nachgerade aufdringlich der Schriftzug „Zuversicht“. Das ist nun kein ans Aktuelle gebundenes Signalwort. Die Einladung zur Zuversicht bleibt so kühn wie dauerhaft und wird uns gewiss begleiten, wenn der Rauch sich verzogen hat und die Tonlage (hoffentlich) wieder etwas besonnener ist.

Auf mein kleines Einzelschicksal schauend, würde ich den Begriff „Zuversicht“ gar nicht zurückweisen. Auch wenn ich an mir erfahre, dass das Alt-Werden zunehmend Tribut fordert, dass ich beim Wandern auf das Besteigen hoher Berge verzichten muss, dass ich beim Rückschnitt meiner Gartenbäume nicht mehr in die Kronen klettern kann, dass ich die Schwimmstrecke reduzieren muss; dass auch das Gedächtnis nachlässt, dafür die kleinen Fehlleistungen zunehmen …, so kann ich gleichwohl meine Lage, meine Möglichkeiten mit Zuversicht annehmen. Ich kann Texte, die ich lese, noch verstehen (wenn es nicht die allerschwierigsten sind), unter meiner Pflege gedeiht der Garten, wir können uns immer noch einen Kleinwagen

DOI: https://doi.org/10.17875/gup2026-3159

leisten und eine Urlaubsreise unternehmen. Also noch einmal: Ich kann den Begriff Zuversicht annehmen und gelten lassen.

Davon bleibt indes nicht viel, wenn ich den Blick weite und auf unser Land schaue; es muss nicht gleich die Weltlage sein. Dann möcht ich denn doch mit Heine sagen: „… bin ich um den Schlaf gebracht".

Es ist ja keine kleine Liste, und die Probleme sind fürwahr nicht eingebildet. Die De-Industrialisierung ist nicht zu übersehen. Wir verlieren Gewerbe, mittlere Industrie und Großbetriebe. Die Infrastruktur wurde lange vernachlässigt, und nun sind gigantische Anstrengungen und exorbitante Summen erforderlich; und alles dauert viel zu lange. Die ungesteuerte Einwanderung überfordert unser Land materiell, aber auch mental und politisch: Der innere Friede ist brüchig geworden, das großflächige Scheitern der Integration führt zu den allseits sichtbaren Verwerfungen.

Die föderale Struktur mit starken Bundesländern und einem schwierigen Abstimmungsbedarf zwischen Bund und Ländern führt zu grotesken Ritualen, die hohe Kosten, Zeitverlust, ja Lähmung verursachen.

„Brüssel" saugt die noch einigermaßen soliden Länder aus und führt uns absehbar in eine Überschuldung, deren Sprengkraft von kurzsichtigen Zeitgenossen sträflich unterschätzt wird. Weniger sichtbar, aber auf Dauer noch weitaus gefährlicher, ist die fortschreitende De-Funktionalisierung der Nationalstaaten. Diese haben grundlegende Kompetenzen und Rechtsetzungsbefugnisse an abgehobene, demokratisch äußerst dürftig legitimierte, niemals gewählte EU-Apparate übertragen und sich an den Rand der Handlungsunfähigkeit manövriert.

Wir müssen heute die Rechtsprechung eines unserem eigenen Parlament und unserem Verfassungsgericht übergeordneten Europäischen Gerichtshofes anerkennen, der seine eigene politische Agenda durchsetzt, vor keinem Wähler sich rechtfertigen muss und gottgleich den Gehorsam der Einzelstaaten einfordert.

Und schließlich: Unser Bildungssystem erodiert, schleichend, seit Jahrzehnten, und auf Dauer mit sehr massiven und gefährlichen Folgen.

Während ich diesen Text verfasse, erscheint in meiner örtlichen Zeitung ein längerer Artikel unter der Überschrift „Vorstoß für mehr Leistung in Kitas" (Generalanzeiger vom 04. Februar 2025). Die Befunde sind so erschreckend wie sattsam bekannt: Immer weniger Kinder sind mit sechs Jahren „schulfähig". Sie haben die Minimal-Regeln eines verträglichen Verhaltens, aber auch einer gesunden Ernährung nicht gelernt. Sie können sich kaum konzentrieren und sind feinmotorisch noch so unbeholfen, dass sie kaum lernen, ein Schreibgerät zu verwenden.

In vielen Schulen ist die leitende Zielsetzung nicht der Erwerb von Kenntnissen und Fähigkeiten, sondern der verzweifelte Versuch, verträgliches Verhalten einzuüben und die Destruktivität einzudämmen.

Und unsere Universitäten!? Ach und Weh! Unter den redlichen Arbeitern im akademischen Weinberg ist allenthalben eine zunehmende Melancholie, Müdigkeit, ein Rückzug ins Private wahrzunehmen.

Im Jahr 2024 erschien im deutschen Wissenschaftsverlag ein Buch mit dem signalhaften Titel „Das Ende der Universität“. Der Untertitel „Niedergang und mögliche Erneuerung einer europäischen Institution“ suggeriert zwar, Wege zur Verbesserung seien gangbar. Die sind aber arg verzagt und wenig aussichtsreich. So recht überzeugend fand ich auch die Darlegungen in den einzelnen Artikeln nicht. Insgesamt, ein wenig zugespitzt: ein etwas naiver Rückbezug auf Humboldt (200 Jahre sind vergangen.), erzählerische Textteile, die doch arg schwatzhaft daherkommen, keine überzeugende Analyse der Bologna-Reform, und, fürwahr erstaunlich, ein Bezug auf „absolute“, transzendentale Wahrheiten. Zur Geschichte und zur aktuellen Situation unserer Universitäten wären wohl fundiertere Analysen und mutigere Reformschritte wünschenswert.

Realistisch ist nur, wer das Unmögliche verlangt. In diesem Sinne will ich realistisch sein, die normative Kraft des Faktischen überspringen und so träumerisch wie aussichtslos, so spielerisch wie gutbegründet Linien einer Reform skizzieren.

Beginnen wir mit einer so schlichten wie fundamentalen Wahrheit: Begabung, Leistungsfähigkeit und Lernwille, Talent, Durchhaltevermögen, auch Eleganz und rhetorische Kraft sind nicht gleichmäßig verteilt, sondern vom Schöpfer ungleich über uns Erdenwürmer ausgegossen. Das ist mit viel Geld und neunundneunzig Ausgleichsmaßnahmen vielleicht ein wenig zurechtzurücken, sollte aber im Grundsatz anerkannt und bei bildungspolitischen Maßnahmen nicht immer wieder so illusionär wie wirkungslos ausgeblendet werden. Ein gegliedertes Schul- und Bildungssystem ist sachgerecht, auf allen Stufen eingangsoffen und durchlässig, aber strikt festhaltend an den stufen-adäquaten Leistungsanforderungen.

Durch stete Absenkung der Standards und inflationäre Bestnoten kann man ein geschöntes Bild erzeugen, aber die Wahrheit nicht dauerhaft verstecken, wie die allenthalben dokumentierten Ergebnisse erweisen.

Was wäre zu tun?

Die zurzeit 110 Universitäten werden beibehalten. Die Zahl der zugelassenen Studentinnen und Studenten wird auf 30 Prozent der aktuellen Zahlen abgesenkt, ohne parallelen Abbau der Hochschullehrer-Stellen.

Das Abitur ist als Qualifizierungsnachweis wertlos geworden. Deshalb führen die Universitäten eigenständige Zulassungsprüfungen durch.

Die Studiengänge sind forschungsorientiert ausgelegt, ohne jedoch eine Anwendungsorientierung auszublenden. Ja, das ist möglich!!! Aus dem Kreise der Absolventinnen und Absolventen geht der Hochschullehrer-Nachwuchs hervor, ebenso die Führungseliten in Kultur, Wirtschaft, Medizin, Politik und Verwaltung.

Alle Studentinnen und Studenten absolvieren ein begleitendes Studium generale mit kultur- und humanwissenschaftlichen Schwerpunkten.

Ich möchte, dass Bankdirektoren etwas von Musik verstehen, dass Chef-Ärzte die Epochen der Kunstgeschichte kennen, dass Minister ebenso wie Generäle in

der abendländischen Geschichte seit der Antike zuhause sind, dass Diplom-Ingenieure, Maschinenbauer oder Piloten ein Instrument spielen oder dass führende Informatiker nicht nur in Algorithmen denken, sondern die Epochen der Erdgeschichte kennen und beim Wandern in den Alpen die sichtbaren Gesteinsschichten lesen können.

Alle beherrschen eine moderne Fremdsprache, noch besser zwei, und Latein.

Über die Besetzung der Professuren entscheiden die Universitäten autonom; kein Mitsprache-Recht der Politik, nicht auf Landesebene, nicht auf Bundesebene.

Die institutionellen Strukturen werden modernisiert: Die Rektoren-Konferenz wird massiv gestärkt. In akademischen Fragen ist sie völlig autonom, bei der Lenkung der Finanzströme ist Einvernehmen mit der DFG herzustellen.

Eine durchaus pikante Einzelheit: Berufungen aus fachfremden Erwägungen, aus Gefälligkeit, aus Abhängigkeit, um Seilschaften zu etablieren oder Gefolgschaft zu festigen, sind zu verhindern; desgleichen die Verausgabung von Geldern für sinnlose oder ethisch verwerfliche Vorhaben.

Die HRK richtet deshalb eine prominent und hochrangig besetzte, öffentlich tagende Kommission ein, deren Votum unanfechtbar ist.

Diese Kommission darf auch allzu spielerische, ideologisch verblendete oder gänzlich sinnfreie Studiengänge ablehnen oder die Einstellung anordnen.

In der ersten Amtsperiode wird die Leitung dieser Kommission Hiltraud Casper-Hehne anvertraut.

Die Fachhochschulen werden massiv gestärkt. Nein, wir erhöhen nicht die Zahl der Studierenden. Ausstattung und Qualität werden aber nachhaltig verbessert. Die Studiengänge sind anwendungsorientiert, bereiten auf Tätigkeiten in mittlerer Höhe vor. Sie sind offen für Handwerksmeister aller Berufe, die sich weiterqualifizieren wollen. Und umgekehrt gilt: Die Studiengänge dürfen – mit zeitlicher Verlängerung – eine handwerkliche Ausbildung integrieren, die nach dem Ende der Ausbildung unmittelbaren Zugang zu handwerklichen oder technischen Tätigkeiten erlaubt.

So wäre zwei Zielsetzungen gedient: Die Entstehung eines akademischen Proletariats, welches sich mit unterqualifizierten Tätigkeiten durchschlagen muss, könnte verhindert werden. Und dem Fachkräftemangel wäre entgegenzuwirken.

Ach – der Fachkräftemangel, dieses unnötige Dauerthema. Dieser Mangel hängt in keiner Weise mit Demographie, bevölkerungspolitischen Maßnahmen, Geburtenraten oder Einwanderung zusammen. Er resultiert ausschließlich aus einer gänzlich verfehlten Bildungspolitik. Wir lenken viel zu viele junge Leute in eine akademische Ausbildung; und viel zu wenige in eine Berufsausbildung bzw. technische Ausbildung. (Ich nenne hier in Klammern eine Zahl aus meinem eigenen Fachgebiet: In den Jahren, da ich beruflich im DAAD tätig war, gab es an deutschen Universitäten etwa 90 Tausend Studierende in der Germanistik; aktuell etwa 70 Tausend. Die werden nicht benötigt. Das ist nicht nur bildungspolitisch eine eklatante Fehlentwicklung. Das ist auch gegenüber den jungen Leuten, die viel zu spät erkennen, dass sie schlecht beraten waren und nun in einer Sackgasse stecken, zutiefst verantwortungslos.)

Bereits im Jahre 2014 legte Julian Nida-Rümelin ein Buch mit dem sehr zutreffenden Titel „Der Akademisierungswahn“ vor. Es versank aber, wie zahlreiche andere kluge Wortmeldungen, resonanzlos im Nichts.

Lehrende an Fachhochschulen werden besoldet wie Universitätsprofessoren. Aber die Fachhochschulen erhalten kein Promotionsrecht. Die Unterschiede zwischen den Hochschultypen sollen nicht verwischt werden.

Studentinnen und Studenten aus dem Ausland werden selbstverständlich aufgenommen, sehr gerne, an allen Hochschultypen. Vorausgesetzt werden Kenntnisse des Deutschen und des Englischen auf dem Niveau TDN 4 und das Bestehen eines Eignungstests, den die Hochschulen autonom entwerfen und durchführen.

Das TestDaF-Institut wird gestärkt. Es werden nur noch zwei Sprachprüfungen anerkennt, der TestDaF und die DSH. Dem Institut werden ausdrücklich testwissenschaftliche Forschung und Lehre übertragen.

Studentinnen und Studenten aus dem Ausland werden exzellent betreut. Sie erhalten Hilfe bei den Behördengängen, Einführungen in das deutsche Universitätswesen, gesundheitliche Versorgung, Unterkünfte, Labor-Arbeitsplätze und leistungsstarke Rechner.

Sie zahlen Studiengebühren, die sich an Harvard oder Oxford orientieren. Nachweislich Hochbegabte, die Besten der Besten, erhalten hochdotierte Stipendien und nach der Promotion Stellenangebote oder Forschungsmöglichkeiten, die so verführerisch reizvoll sind, dass die Nachwuchskräfte in Deutschland bleiben.

Wir richten wieder pädagogische Hochschulen ein – als Fachhochschulen mit spezifischem Zuschnitt. Insbesondere die Ausbildung der Grundschullehrer wird tiefgreifend reformiert. Da Eltern, Familien, Freundeskreise und Medien als Erziehungs- und Sozialisationsinstanzen immer eklatanter versagen, werden die Grundschulen weitaus umfassender als Instanzen der Erziehung und Sozialisation definiert. Ein obligates Vorschuljahr wird eingeführt, damit die Kinder zum Schulbeginn ausreichende Deutschkenntnisse mitbringen, um ihre Lehrer zu verstehen, damit sie phasenweise auf einem Stuhl sitzen und ihre Motorik kontrollieren können, damit sie angebotenes Obst in den Pausen verzehren und nicht als Wurfgeschoss missverstehen.

In jedem Lehrer-Studium sind Grundmodule Deutsch als Fremdsprache vorzusehen. Für eine beträchtliche Anzahl der Schülerinnen und Schüler ist das Deutsche nicht die Muttersprache. Mit dieser Herausforderung müssen die Lehrerinnen und Lehrer einigermaßen kompetent zurechtkommen.

Die Grundschule ist ganztägig. Die Teilnahme an Sport oder musischen Angeboten ist obligat. Die Vermittlung sozialer und personaler Grundkompetenzen rangiert gleichrangig, unter Umständen gar vorrangig vor dem Wissenserwerb. Die Kinder erlernen Grundnormen der Höflichkeit, der Hygiene, des umweltbewussten Verhaltens, Beherrschung ihrer Gewalt-Impulse und Gleichberechtigung von Jungen und Mädchen.

Die Schulen sind befugt, sowohl befristete Ausschließungen vom Unterricht als auch die Vorführung dauerhaft abwesender Schüler durch das Ordnungsamt zu veranlassen.

Der Elefant im Raum, der für jedermann sichtbar ist, aber bisher nicht erwähnt wurde, heißt natürlich: Geld.

Nun denn, hier ein paar Ideen zur Finanzierung, die keine neue Schuldenaufnahme bedeuten, sondern als schlichte Einsparungen daherkommen.

Die Kultusministerien der Bundesländer mitsamt der KMK, die sich als schwerfällig, langsam und ideenarm …, kurz: als überflüssig erwiesen hat, werden ersatzlos abgeschafft. Die verbleibenden Länderministerien werden im Personalbestand halbiert, parallel dazu werden die Aufgaben der Bundesländer auf regionale Themen und Aufgaben reduziert. Die Mitwirkung bei Gesetzen des Bundes wird schlicht eingestellt.

Auf Bundesebene wird ein starkes Bildungs- und Wissenschaftsministerium eingerichtet, welches lediglich zwei Aufgaben wahrzunehmen hat: Gewährleistung einer gewissen Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit, damit Familien umziehen können und Abschlüsse landesweit anerkannt werden. Und die Beschaffung der benötigten Geldmittel. Um dies zu sichern, wird der Wissenschaftsminister als einziges Kabinettsmitglied weisungsbefugt gegenüber dem Finanzminister. Zeitgleich wird der Personalbestand aller Ministerien auf ein Drittel der aktuellen Zahlen gesenkt. Die Inhaber aller Leitungspositionen werden gekündigt und ersetzt durch Fachleute, die honorig und kompetent sind und nicht parteipolitischem Klüngel ihren Aufstieg verdanken.

Für die erste Amtsperiode übernehme ich unentgeltlich das Amt des Ministers; Rücktritt erfolgt, sobald die Dinge gut auf die Schiene gesetzt sind und uns ein wenig zuversichtlicher nach vorne blicken lassen.

Der geplante Bau eines neuen Kanzleramtes entfällt. Zusätzlicher Raumbedarf entsteht nicht, weil, wie gesagt, Kanzleramt und Bundesministerien Personal abbauen und die bisherige schamlose Personalpolitik beenden.

Zur Umsetzung wird ein Koordinator eingesetzt, der ein eigenes Hauswappen führt, in dem nicht eben eine Kettensäge, aber doch ein robuster Besen die Zielsetzung ins Bild bringt.

Das Ministerium für Entwicklungshilfe wird wegen erwiesener Nutzlosigkeit abgeschafft. Desgleichen die mehr als 40 Sonderbeauftragten auf Bundesebene. Ein paar sachlich sinnvolle Aufgaben wie Datenschutz können von den vorhandenen Ministerien problemlos übernommen werden.

Auch die Universitäten, die ich ja mit massiv erhöhten finanziellen Mitteln stärken will, können gleichwohl einen Beitrag zu den erforderlichen Einsparungen erbringen. Von den aktuell 173 Professuren für Gender-Themen können 170 wegfallen. Aber ich will da nicht allzu apodiktisch auftreten. Die Vermeidung von

Kränkungen ist ja auch ein hohes Gut. Ich wäre am Ende auch mit 168 Schließungen einverstanden.

Studiengebühren für deutsche Studentinnen und Studenten werden wieder eingeführt, in der Höhe der durchschnittlichen Kita-Gebühren. Jede deutsche Familie kann das leisten.

Die Summen, die wir an die gierige Krake „Brüssel" überweisen, werden halbiert. Den absehbaren Rechtsstreit sitzen wir aus.

Das Dienstwagen-Privileg wird abgeschafft.

Der Klima- und Transformations-Fond wird wegen erwiesener Wirkungslosigkeit Schritt für Schritt abgeschmolzen.

Die Finanzierung der parteinahen Stiftungen aus Steuermitteln wird beendet. Desgleichen die Erstattung der Wahlkampfkosten gegenüber den Parteien.

Beamte müssen ab sofort ihre Altersversorgung durch Beiträge mitfinanzieren.

Grob überschlagen ergibt sich eine Einsparung von 122,8 Milliarden Euro. Die Maßnahmen zur Ertüchtigung unseres Bildungswesens sind damit finanzierbar.

Die deutschen Universitäten waren bis zum Ersten Weltkrieg in zentralen Fachgebieten die besten der Welt. Sie rangierten noch an der Spitze bis 1933. Die Nationalsozialisten haben die Universitäten durch Vertreibung und Ermordung der besten Wissenschaftler und durch ideologische Formierung im Kern zerstört.

Aber in den Wurzeln blieben die altehrwürdigen Einrichtungen vital. Nach dem Zweiten Weltkrieg gelang ein Wiederaufbau, die Hochschulen erlangten wieder Renommee und Leistungsstärke; in einigen Fächern zählen sie zu den führenden.

Im Shanghai-Ranking finden sich unter den hundert besten jedoch nur vier deutsche.

Die deutschen Musikhochschulen sind zusammen mit Wien die weltweit besten. Wir haben auch die anerkannt besten theologischen Lehrstühle, desgleichen in der Archäologie und in der Kunstgeschichte.

Aber wir könnten auch führend sein in der Chemie, in der Physik, in der Informatik, im Maschinenbau, der Pharmazie, der Weltraumforschung, der KI-Forschung und beim Quanten-Computer.

Wir haben die Potenziale, die gewachsenen Qualifikationsstrukturen, die begabten, leistungsstarken Köpfe.

Aber es fehlt der „spirit", der Geist, die beflügelnde Moral, die Vision, kurz: der Wille. Ja, so schlicht: der politische und gesamtgesellschaftliche Wille. Wir müssen es einfach wollen, vorantreiben, finanzieren, und die Träger von Wissenschaft und Forschung entfesseln, nicht immer enger gängeln.

Hermann Hesse, leider arg in Vergessenheit geraten, schrieb in dem bekannten Gedicht „Stufen" auch die schönen Zeilen „Der Weltgeist will nicht fesseln uns und engen, er will uns Stuf um Stufe heben, weiten."

Also bitte: Wir hätten gar den Weltgeist auf unserer Seite.